



Niederschrift

58. Plenarsitzung des Gemeinderates
27. November 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

Punkt 21 der Tagesordnung: Schaffung einer Notübernachtungsstelle für Frauen in prekären Situationen

Antrag: SPD

Vorlage: 2018/0758

Beschluss:

Verwiesen in den Sozialausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 21 zur Behandlung auf.

Stadträtin Moser (SPD): Unser Antrag auf Schaffung einer Notübernachtungsstelle für Frauen in prekären Lebenssituationen hat zum Ziel, zu überprüfen, ob es eine Möglichkeit zum Übernachten in Bahnhofsnähe für diese Frauen gibt. Außerdem wollten wir eine Aussage für eine schnelle und unbürokratische Hilfe für Frauen, die nicht deutsch sprechen und eine Notübernachtung suchen. Wir wollten keine zusätzliche Beratungsstelle und keine zusätzlichen Stellen. Aber nun zu den Ausführungen der Verwaltung. Die Frauen, von denen ich spreche, werden höchstwahrscheinlich nicht in das Wohnheim in der Rüppurrer Straße 23 gehen, weil dies ein Wohnheim für alleinstehende wohnsitzlose Männer ist. Im Weiteren gehen Sie darauf ein, dass Personen ohne deutsche Sprachkenntnisse mit einem Stadtplan und Angabe der Straßenbahnverbindung ohne Probleme Unterkünfte in der ganzen Stadt finden. Ich habe andere Informationen, deshalb kam es zu diesem Antrag. Bei unserem Vorschlag, dass es einen Pool ehrenamtlicher Frauen geben könnte, um Frauen zu begleiten und zu beraten, die bei Bedarf über einen Anruf bei der Bahnhofsmission vermittelt werden, handelt es sich um eine 450-Euro-Stelle, damit die Frauen in speziellen Lagen auch einen Ansprechpartner haben. Vielleicht gäbe es auch die Möglichkeit eines Tausches zwischen Zimmern des Augustiners in der Sophienstraße 74 und der Frauenpension in der Scheffelstraße. Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn dieser Tausch in Betracht gezogen würde, und bitte Sie dies zu überprüfen. Ich bin nicht ganz so zufrieden mit

der Antwort der Verwaltung, das merken Sie. Deswegen möchte ich Sie bitten, die Angelegenheit zeitnah im Sozialausschuss zu behandeln, und Frau Daferner und Frau Zetzmann von der Bahnhofsmision einzuladen, damit sie Ihnen ihre Sicht der Situation darstellen können. Ich weiß, dass Karlsruhe gut aufgestellt ist, was Unterbringungsmöglichkeiten anbelangt. Aber wenn die Bahnhofsmision dieses Thema bei der Anhörung der Frauen im Frühsommer angesprochen hat, sollten wir wenigstens überprüfen, ob unsere Angebote noch passgenau sind.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir unterstützen den Antrag der SPD-Fraktion, weil wir leider sagen müssen, dass wir diesen Bedarf genauso sehen. Für Frauen in schwierigen Situationen, ob das jetzt deutschsprechende Frauen sind, die vielleicht über Umwege bei der Bahnhofsmision ankommen, oder ob das Frauen sind, die eben der deutschen Sprache nicht mächtig sind, reichen die bestehenden Angebote nicht aus. Die Übernachtungsplätze, die in der Antwort der Verwaltung aufgeführt werden, sind aus unserer Sicht ausreichend, für eben diese Gruppe an Frauen, um die es hier geht. Wir haben ebenfalls die Informationen von der Bahnhofsmision, dass wir hierfür spezielle betreute Übernachtungsplätze brauchen. Es macht keinen Sinn, eine Frau, die sich in einer schwierigen Situation befindet, die hier in der Stadt ankommt, sich nicht auskennt, vielleicht auch die Sprache nicht kennt, mit dem Stadtplan und der Straßenbahn durch die Gegend zu schicken, dann kommt vielleicht auch nicht gleich eine Bahn, die Frau ist eingeschüchtert, hat vielleicht Gewalt erfahren, das ist schwierig, und darum müssen wir uns kümmern. Deswegen begrüßen wir den Vorschlag der SPD-Kollegen, dass wir uns dieses Themas im Sozialausschuss annehmen, und wir würden es ebenfalls begrüßen, wenn wir die Vertreterinnen der Bahnhofsmision dazu einladen.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Wir können uns heute der Stellungnahme der Stadtverwaltung anschließen. Die SPD hat es in Ihrem Antrag nicht verstanden, eventuelle Nöte bezüglich Frauen in Notsituationen darzustellen. Leider ist die Stadtverwaltung bezüglich statistischer Angaben auch etwas sparsam. Weil das Thema eine vertiefte Befassung verdient, beantragen auch wir den Verweis in den Sozialausschuss.

Stadtrat Cramer (KULT): Ich gehe davon aus, dass das Thema im Sozialausschuss besprochen wird, aber ich würde vorschlagen, dass wir nicht nur die Bahnhofsmision einladen, die der Ausgangspunkt dieses Antrages ist. Ich würde mir wünschen, dass man alle Institutionen, alle Verbände, die in diesem Bereich arbeiten und Angebote machen, mit dazu nimmt. Das wäre unserer Fraktion wichtig, dass wir einen Austausch mit einem breiten Spektrum von Verbänden und Institutionen haben, die sich in dem Bereich engagieren.

Stadtrat Jooß (FDP): Auch wir sind dafür, die ganze Sache breiter aufzustellen. Wir haben noch viele Möglichkeiten, zum Beispiel das Haus Bodelschwingh, sodass wir hier das im Sozialausschuss noch mal beraten und die ganzen Institutionen miteinbeziehen.

Der Vorsitzende: Ich bitte Sie jetzt trotzdem noch mal die fachkundige Auskunft unserer Verwaltung ernst zu nehmen, dass wir der Meinung sind, dass wir ausreichend Kapazitäten haben. Mir geht es aber auch seit zwei Jahren so, dass ich von Menschen der Bahnhofsmision angesprochen werde, als hätten die von diesen Kapazitäten noch nie etwas gehört. Da scheint mir ein Abstimmungsproblem vorzuliegen, das ich mir noch nicht ganz erklären kann. Insofern, Herr Stadtrat Cramer, macht es schon Sinn, dass wir es nicht nur in den Sozialausschuss nehmen, sondern auch die Bahnhofsmision gezielt ansprechen, denn sol-

che Rückmeldungen bekomme ich aus der Caritas und der Diakonie nicht, zumindest nicht, wie ich es von der Bahnhofsmission höre, und da müssen wir im Fachausschuss schauen, was da nicht zusammenpasst. Erst dann sollten wir entscheiden, ob wir irgendwo ein strukturelles Defizit haben oder ob es nicht zum Teil ein kommunikatives Defizit gibt. Ich sage es mal so, wenn Menschen in einer ganz schwierigen Situation nachts an einem Hauptbahnhof sind, ob da in jedem Fall die Notwendigkeit besteht, dass ich ihm einen persönlichen entsprechend geschulten Fachmenschen an die Seite stelle oder ob es da nicht erst mal um die Grundsicherung der Bedürfnisse geht, diese Dinge besprechen Sie bitte systematisch im Fachausschuss. Also, verwiesen mit den ganzen Fragestellungen und Implikationen in den Sozialausschuss.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. Dezember 2018